

Menschenrechte sind unteilbar

Beschluss des 8. Landesparteitages der LINKEN. Hessen

Menschenrechte sind unabhängig vom Ort, an dem wir geboren wurden. Denn in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gilt nach wie vor uneingeschränkt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Diese Rechte sind unteilbar, unveräußerlich, unverhandelbar und können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zu den Menschenrechten gehören nach der Erklärung der Menschenrechte das Recht auf Selbstbestimmung, auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich [angemessener Nahrung](#), auf den besten erreichbaren Gesundheitszustand, auf Bildung und auf Teilhabe am kulturellen Leben.

DIE LINKE wehrt sich gegen jeden Versuch, Flüchtlinge und andere Personengruppen gegeneinander auszuspielen. Es besteht keine Notwendigkeit zu entscheiden, ob Kinder Schulunterricht oder Asylbewerber_innen Deutschkurse oder wer bezahlbaren Wohnraum belegen darf. All das wäre bezahlbar, wenn nur die Steuergeschenke an Konzerne und Reiche seit der Regierung Helmut Kohl rückgängig gemacht würden.

DIE LINKE will diese Rechte „Freiheit! Gleichheit! Solidarität!“ verwirklichen. Dafür ist in einem reichen Land genügend Geld vorhanden. Wir müssen die Umverteilung „von unten nach oben“ endlich umkehren und den Reichen dafür das Geld aus Ihren Taschen und von ihren Bankkonten nehmen. Der Umverteilungskampf findet nicht zwischen Schulkindern, Asylbewerber_innen und Rentner_innen statt, sondern zwischen arm und reich.

DIE LINKE sagt eindeutig „JA“ zur Charta von Palermo: „Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht sich diesen aus. Jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.“